

Klaus J. Becker, Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956. Veröffentlichungen des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 22 (v. Hase & Koehler Verlag, Mainz 2001). ISBN 3-7758-1393-X. 583 S., 1 Karte. Leinen, 25,- €.

So wie sich das Rheinische Landesmuseum Trier im Jahr 2002 mit der Ausstellung „Propaganda. Macht. Geschichte. Archäologie an Rhein und Mosel im Dienst des Nationalsozialismus.“ einem Abschnitt seiner eigenen Geschichte gewidmet hat, so mag auch diese Rezension einen Anstoß dazu geben, Geschichte des Trierer Landes, wie sie in der „Trierer Zeitschrift“ behandelt wird, nicht im 19. Jahrhundert enden zu lassen. Zwar umfaßt die Dauerausstellung des Museums bislang vordergründig die Zeit von der Urgeschichte bis zur Gründung des Museums im Jahr 1877, doch hat gerade die Sonderausstellung des Jahres 2002 deutlich gemacht, wie sehr die Arbeit der Institution jeweils von den herrschenden Zeitumständen geprägt wird. Darüber hinaus sind nicht zuletzt das Museum selbst in seiner ursprünglichen Konzeption wie auch die „Gesellschaft für nützliche Forschung“ - als Keimzelle für die Begründung seines archäologischen Bestandes - Produkte historisch bedingter Gegebenheiten.

Daher mag hier auch ein Buch vorgestellt werden, das einem wichtigen Abschnitt in der Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Pfalz gewidmet ist, auch wenn diese nicht schwerpunktmäßig das Trierer Land berührt. Das betraf vielmehr die industrialisierte „Rheinschiene“ des heutigen Bundeslandes zwischen Koblenz und Ludwigshafen sowie die Pfalz mit Kaiserslautern, Pirmasens, Kusel, Neustadt und anderen Orten. Dennoch läßt ein Blick ins Ortsregister des Buches erkennen, daß das vermeintlich so „schwarze“ Trier im Untersuchungszeitraum bei weitem kein unbedeutender Ort in der Geschichte des rheinland-pfälzischen Kommunismus gewesen ist. Überhaupt ist dem Anhang, der etwa drei Fünftel des Umfangs abdeckt, eine Vielzahl aufschlußreicher Daten zu entnehmen, von den Wahlergebnissen der KPD in den Reichs- und Bundestagswahlen seit 1920 über ihre Vertretung in den Gemeinde- und Stadträten seit 1946, in den Ämtervertretungen und Kreistagen, über ihre Parteitage auf allen Ebenen bis hin zum Organisationsaufbau in Bezirken und Kreisen. Es fehlen auch nicht Aufstellungen über die Mitgliederentwicklung, wobei allerdings der Bezirk Trier mit 900 im Jahr 1947 tatsächlich das „Schlußlicht“ im Land bildet.

Für die Erkundung der politischen Biographien sind sicherlich die Darstellung der Führungsebene, mehr aber noch die alphabetisch geordneten „Notizen über führende rheinland-pfälzische Funktionäre der KPD“ von außerordentlichem Nutzen, die sich immerhin über fast einhundert Seiten (S. 414-505) erstrecken. Im Anschluß daran legt der Verfasser den Fundus seiner verwendeten Quellen offen, wobei in einem nicht unwesentlichen Maß auch Zeitzeugenaussagen Gehör fanden. Die aus Gründen der Lesbarkeit des Textes reichlich verwendeten Abkürzungen für - zum Teil heute wohl kaum noch bekannte - Parteien und Organisationen werden in einem Verzeichnis entschlüsselt. Den Abschluß des Buches bilden Register, die nach Personen, Ortsnamen und Sachthemen geordnet die Erschließung des sehr detaillierten Textes erleichtern.

Dieser ist in einer verständlichen, dem Charakter einer Dissertation entsprechend aber auch nüchternen Sprache gehalten, die gelegentlich etwas aufgelockert wird. Nach einer Einleitung, in der Problemstellung der Arbeit, Forschungsstand und Quellenlage zum Thema erörtert werden, folgt zunächst ein Abschnitt über die „Traditionslinien“ der KPD, ohne den die folgenden Kapitel nicht verständlich wären. Wichtig ist nämlich die Entstehung der Partei aus einer oppositionellen Gruppierung innerhalb der SPD heraus, die sich nach heftigen Konflikten um die Bewilligung der Kriegskredite im Ersten Weltkrieg und um das Räteystem nach Kriegsende am Jahreswechsel 1918/19 zu einer eigenen Partei konstituierte. „Kennzeichnend für die neugegründete Partei war, daß sich zu ihr vor allem junge Arbeiter und Intellektuelle bekannten, die aus der Sozialdemokratie stammten, aber auch anarcho-syndikalistische Kräfte sowie erst durch die Novemberrevolution radikalisierte Gruppen. Die so entstandene deutsche kommunistische Partei war also keine einheitliche Bewegung und keineswegs mit dem russischen Bolschewismus identisch“ (S. 20).

Nachdem die Pfalz und die Bezirke Koblenz und Trier der Rheinprovinz aufgrund der alliierten Besetzung zunächst „noch weiße Flecken auf der politischen Landkarte der KPD“ blieben, konnte sie im März 1920 zuerst in der Pfalz offiziell Fuß fassen. Unter ihrem vorübergehend angenommenen Namen als „Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands“ trat sie im folgenden Jahr auch bei den Landtagswahlen im übrigen Gebiet des heutigen Landes Rheinland-Pfalz an, wobei sie in

Trier mit 3,3 % ein äußerst mageres Ergebnis erzielte. Dies führte dazu, daß sie in der folgenden Zeit hier nur noch dem Namen nach existierte. So lag in den 20er Jahren der Schwerpunkt ihrer Arbeit auch in Betriebszellen der Industrieunternehmen am Rhein und in der Pfalz. Dies sicherte der KPD relativ große Wahlerfolge im parlamentarischen wie im betrieblichen Bereich. Zunächst leisteten dortige Gruppierungen in der Partei auch Widerstand gegen die von Moskau verordnete stalinistische Linie nach der Theorie vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande.“

Diese „ultralinke“ Parteiopposition wurde 1925 von Ernst Thälmann scharf kritisiert, unter dessen Führung die Gesamtpartei auf den stalinistischen Kurs der „Realpolitik“ schwenkte. 1928 kam es jedoch zu einer neuerlichen Linksorientierung durch die Kommunistische Internationale, die nun „rechte Abweichung“ in der Partei als „Hauptgefahr“ ausmachte. Neuer Gegner war die linke Sozialdemokratie. In Konkurrenz zu dieser nahm die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ ihre Arbeit in den Betrieben auf, die in Trier kaum Anhänger fand. Mit dem XII. Parteitag der KPD im Mai 1929 war die Stalinisierung der Partei abgeschlossen. Letztendlich sollte sich die Ausrichtung der auf Linie Stalins getrimmten Organisation auf die Sozialdemokratie als „Hauptstütze der Bourgeoisie“ verhängnisvoll im Hinblick auf den Aufstieg des Nationalsozialismus auswirken. Noch 1932 verbot die Parteiführung die Bildung einer „Einheitsfront“ mit der SPD, obwohl die KPD weit verbreitet die stärkste Kraft der Arbeiterbewegung darstellte.

So zeigte sich diese angesichts der Machtergreifung im Januar 1933 gelähmt, und unmittelbar nach den Reichtagswahlen im März erfolgte die rasche Zerschlagung der legalen Parteiorganisation. Kurz darauf erfolgte jedoch bereits der Aufbau der illegalen Organisation, und auch Betriebszellen bestanden weiter fort. Diese wurden aber von der NSDAP binnen kurzer Zeit zerschlagen. Ein von der KPD initiiertes Streik in der Eisenbahnwerkstätte Trier-West führte zur Besetzung des Werkes durch die Polizei und zur Verhaftung der Betriebsräte. Mit der Auflösung der Gewerkschaften im Mai 1933 endete auch die Tätigkeit der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (S. 59).

In der Illegalität baute die KPD eine Auslandsleitung in Paris auf, die über „Grenzzellen“ die Versorgung der Bezirke mit Materialien organisierte. 1935 erfolgte eine Neuorganisation mit „Abschnittsleitungen“ in den Nachbarländern des Deutschen Reiches. Die Region Koblenz-Trier wurde damit von Brüssel aus betreut. Jedoch lähmte der Hitler-Stalin-Pakt 1939 weitgehend die Aktivitäten des Widerstandes, und im Dezember beschloß die Führung der KPD in Moskau die Auflösung der Abschnittsleitungen. Ein Ersatz für die Arbeit in Deutschland wurde in Stockholm eingerichtet. Die gründliche Arbeit der Gestapo zeitigte in dieser Zeit Massenverhaftungen, der auch Trierer Aktivist zum Opfer fielen, die im September 1939 aus der Strafanstalt Wittlich ins KZ Buchenwald überführt wurden (S. 67). Schon im April 1936 war der letzte Unterbezirk der Bezirksorganisation Koblenz-Trier zerschlagen worden.

Der spätere Trierer Bezirksvorsitzende Hans Eiden war nach einer Odyssee durch mehrere Strafanstalten schließlich im April 1945 als Lagerältester an der Befreiung von Buchenwald beteiligt. Als „Lagerkommandant“ in die KPD-Parteileitung des KZ aufgenommen, fungierte er als Verbindungsmann zu den US-Truppen. Hinsichtlich des brisanten Themas der Angriffe auf politisch Andersdenkende unter den Häftlingen konnten ihm keine Delikte oder persönliche Verstrickung nachgewiesen werden (S. 70).

Mit der Rückkehr der überlebenden verhafteten bzw. exilierten Kommunisten beginnt die eigentliche Geschichte der KPD im heutigen Bundesland Rheinland-Pfalz, die der Verfasser in vier Phasen unterteilt (dazu siehe S. 323-327). Die erste von 1945 bis 1948 war gekennzeichnet von der innerparteilichen Konsolidierung und der gesellschaftspolitischen Beteiligung am Wiederaufbau. Schon im Juni 1945 wurde Hans Eiden zum Vorsitzenden des Unterbezirkes Trier gewählt. Nach dem Besatzungswechsel von den Amerikanern zu den Franzosen im Juli wurde im Oktober ein kommunaler Beirat eingesetzt, in dem die KPD zwei von insgesamt zwölf Vertretern stellte.

Die offizielle Wiederzulassung der KPD in der Französischen Besatzungszone im Jahr 1946 stand unter dem besonderen Vorzeichen, daß die Franzosen in ihrer Zone Parteien zuletzt zuließen und auch Kontakte über die Grenzen hinweg behinderten. Wie in der Sowjetischen Besatzungszone strebte die KPD eine Vereinigung mit der SPD unter dem Motto „Einheit der Werktätigen“ (H. Eiden) an, was ihr aber den Vorwurf einbrachte, von ausländischen Mächten gesteuert zu sein. Allerdings erzeugten die Anerkennung als erste legale Partei, die Abkehr vom revolutionären Programm wie

in der SBZ und die gemeinsam erlittene Verfolgung durch den Nationalsozialismus bei vielen Sozialdemokraten die Bereitschaft, mit den Kommunisten über eine Vereinigung zu verhandeln. Erst die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der SBZ, einhergehend mit Verfolgung und Internierung von Sozialdemokraten, führte zu einem Wandel in dieser offenen Einstellung und letztlich zur Isolierung der Kommunisten im Westen.

Der Wahlkampf zu den Kommunalwahlen 1946 wurde auf einer Kundgebung in Trier für die KP Rheinland-Hessen-Nassau eröffnet. Das magere Ergebnis - nach Parteimeinung Indiz für die politische „Unreife“ des Volkes - zeitigte Trotzreaktionen: „Und wir siegen dennoch.“ Die Beteiligung der KPD an der „Entnazifizierung“ äußerte sich in Trier dahingehend, daß 1947/48 bei der Spruchkammer des Regierungsbezirkes der stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes, Willi Torgau, als „Öffentlicher Kläger“ amtierte. Allerdings bestand in Trier die Ausnahmesituation, daß sich die Partei im hiesigen Stadtrat auf die reine Oppositionsrolle beschränken mußte, während sie andernorts Beigeordnete oder sogar Bürgermeister stellte. Letzteres sollte sich aber nach den Kommunalwahlen 1948 auch ändern.

Denn die zweite Phase in der Entwicklung der rheinland-pfälzischen KPD von 1948 bis 1951 war geprägt durch die zweite Stalinisierung der Organisation und die gesellschaftspolitische Ausgrenzung der Kommunisten. Ab 1949 erfolgte die Umwandlung in eine „Partei neuen Typs“ nach den Grundsätzen des „demokratischen Zentralismus“ nach dem Vorbild von SED und KPdSU. Damit waren Stalinisierung und Fremdbestimmung besiegelt. Diese Entwicklung setzte mit Turbulenzen in der „Vorstandsetage“ der Partei ein, die letztendlich auf eine Säuberung im Sinne des Stalinismus hinausliefen. Die innerparteiliche Reinigung ging mit persönlichen Verdächtigungen einher, die teilweise auch Angehörige betrafen. Der Landtagsabgeordnete Hans Eiden (seit 1947) legte 1948 nach Parteiausschluß sein Mandat nieder, weil seine Lebensgefährtin im Verdacht stand, für den französischen Geheimdienst zu arbeiten.

Die dritte Phase der Parteigeschichte nach dem Krieg von 1951 bis zum Verbot im Jahr 1956 war gekennzeichnet durch innerparteiliche Stagnation und staatliche Verfolgung der Kommunisten. Zum Niedergang der KPD trug maßgeblich bei, daß sie das System der DDR als Vorbild proklamierte, was bei den Wählern zunehmend auf Ablehnung stieß. Schon seit 1951 war sie nicht mehr im Landtag vertreten. Dabei wurde sie selbst zum „Opfer“ von Säuberungsmaßnahmen, die sich auf der Ebene der gewerkschaftlichen Personalvertretungen in den Industriebetrieben vollzogen, so daß sie 1956 nur noch bei der BASF in Ludwigshafen wesentliche Positionen innehatte.

Erstaunlich erscheint die geradezu paranoide Verfolgungspolitik, der die KPD und ihre Mitglieder in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland besonders in Rheinland-Pfalz ausgesetzt waren. Sie fügte sich allerdings nahtlos in den Antikommunismus, der damals generell im Westen kultiviert wurde. Damit verbunden stellt sich natürlich die Frage nach dem Sinn von Parteiverboten, wie sie gegenwärtig durch die Maßnahmen zum Verbot der NPD aufgeworfen wird. Denn es nicht automatisch damit zu rechnen, daß die rechte Organisation dieselbe Phase durchlaufen wird wie die KPD in ihrer Geschichte von 1956 bis 1968, nämlich den innerparteilichen Rückzug auf das eigene Milieu und den völligen Bedeutungsverlust.

Das vorgestellte Buch verlangt aufgrund seines Umfangs und des hervorragend recherchierten Detailreichtums einiges an Leseaufwand, der aber durch zahlreiche Einblicke in die Geschichte einer Partei vor dem Hintergrund globaler politischer Entwicklungen belohnt wird. Aufgrund der klaren Gliederung und der Hilfsmittel zu seiner Erschließung ist es aber auch als Nachschlagewerk geeignet. Wer sich durch die enorme Seitenzahl abgeschreckt fühlt, dem sei als Einstieg die Zusammenfassung S. 323-327 empfohlen, die zudem mit übergreifenden Aspekten aufwartet, die im Text so nicht angesprochen werden. Ein weiterer wichtiger Abschnitt findet sich auf S. 76 f., der die zum Verständnis wichtigen Traditionslinien und die Geschichte der KPD bis 1945 zusammenfaßt.

Frank Unruh, Trier